

## Zu diesem Heft

### Bioökonomie

Wer mit Google nach „Bioökonomie“ sucht, findet zunächst einen Eintrag in Wikipedia. Es folgen eine Seite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zum Thema „Bioökonomie – Biogene Ressourcen und biologisches Wissen für eine nachhaltige Wirtschaft“ sowie eine der vom Ministerium initiierten Informationsplattform Bioökonomie.de. Anschließend werden eine Erklärung des Naturschutzbundes Deutschland sowie weitere Regierungsseiten (Baden-Württemberg, Bioökonomierat) aufgelistet. Bei der Lektüre der genannten Seiten wird schnell klar, worum es vor allem den Regierungsbehörden und in der Forschung geht: Biomasse soll effizienter genutzt und biogene Reststoffe sollen recycelt werden. Im Mittelpunkt steht eine Forschungsförderung mit dem Ziel, fossile Grundstoffe durch bio-basierte zu ersetzen, um damit den Klimawandel zu bekämpfen. Gleichzeitig soll Wirtschaftswachstum generiert und eine Führungsrolle in der internationalen Konkurrenz um neue Felder (bio-)technologischer Innovationen erreicht werden. Als Reaktion auf die Kritik aus Zivilgesellschaft und Forschung wird mittlerweile in den einschlägigen Strategiepapieren der Bundesregierung und der EU-Kommission betont, dass die Bioökonomie Entwicklungsmöglichkeiten für den Globalen Süden schaffen und in Einklang mit den *Sustainable Development Goals* (SDGs) stehen müsse. Zentrale Handlungsfelder sind die Landwirtschaft oder die nachhaltige Wald- und Biodiversitätsnutzung. Zielkonflikte, etwa eine Verschärfung sozial-ökologischer Problemlagen wie Abholzung, Süßwasserübernutzung oder Vertreibung von kleinbäuerlichen Familien im Globalen Süden, die von wachsenden Biomasse-Importen aus der EU ausgelöst werden, sollen vermieden werden. Wie das gelingen soll, bleibt jedoch unklar.

Das Narrativ der Bioökonomie liest sich zunächst wie eine Neuauflage der Grünen Revolution der 1960er Jahre. Diese versprach eine Verbesserung der Lebenssituation vor allem der ländlichen Bevölkerung und eine Bekämpfung des Hungers durch die Verbreitung von landwirtschaftlichen Hochertragssorten. Entwicklungsforscher\*innen wiesen schon damals darauf hin, dass technologische Neuerungen kein Ersatz für Umverteilungspolitiken sind. Bald zeigten sich die negativen sozial-ökologischen Auswirkungen dieser Input-intensiven Landwirtschaft z.B. im Rückgang der Artenvielfalt

und in Gesundheitsschäden bei der ländlichen Bevölkerung, die durch den hohen Einsatz von Agrargiften verursacht waren. Anders als bei der Grünen Revolution sollen die technologischen Innovationen der Bioökonomie nun ausdrücklich zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Ganz im Sinne der ökologischen Modernisierung sollen jetzt technologische Innovationen helfen, die Abhängigkeiten vom Erdöl zu überwinden. Die kritischen Fragen nach Umverteilung und nach globalen Machtverhältnissen, die nicht nur die globalen Stoffströme, sondern auch jegliche Form der technologischen Wissensproduktion durchdringen, bleiben aber weiterhin unbeantwortet.

Als Forschungsstrategie ist die Bioökonomie der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Bisher wird ihre Ausrichtung hauptsächlich in internationalen Expert\*innen-Foren diskutiert. Dabei ist es von größter Bedeutung, dass eine öffentliche Diskussion über die Bioökonomie angestoßen wird. Schließlich sind Bioökonomiestrategien bereits Teil von Transitionsprozessen, die weltweit im Gange sind, um von der fossilen Rohstoffbasis zu einer Biomasse-basierten Wirtschaft zu gelangen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass sich auch entwicklungspolitisch Interessierte und Aktivist\*innen mit den im Rahmen der Bioökonomiestrategien verhandelten Politiken und Technologien beschäftigen. Dabei geht es nicht nur um Kritik, sondern auch darum, zu fragen, inwiefern im Kontext der Bioökonomie eine gerechte sozial-ökologische *Transformation* angestoßen werden kann.

Dies ist auch die Stoßrichtung unseres Schwerpunktes in diesem Heft: Welche transnationalen Abhängigkeitsbeziehungen existieren bei Biomasseimporten, Wissen und Technologieentwicklung? Inwieweit verändern Bioökonomiestrategien ungleiche Süd-Nord-Beziehungen? In welchen gesellschaftlichen Verhältnissen werden Bioökonomiepolitiken implementiert? Wer profitiert, wer verliert? Wem gehören das Wissen und die Technologie, um die sich die Bioökonomiestrategien vieler Länder drehen? Gibt es Potenziale und mögliche Dynamiken einer neuen Industrialisierung in Ländern des Globalen Südens auf der Basis biotechnologischer Innovation und neuer Wertschöpfungsketten in der Bioökonomie? Ist die Bioökonomie anschlussfähig in Richtung alternativer Vorstellungen von Agrarökologie, Ernährungssouveränität, dezentraler Rohstoff- und Energieproduktion bis hin zu Konturen einer sozial-ökologischen Transformation, oder sind die Ansätze zu sehr in den Strukturen verhaftet, die sie eigentlich überwinden wollen?

Die meisten hier veröffentlichten Artikel zeichnen ein eher pessimistisches Bild: *Maria Backhouse & Malte Lühmann* zeigen anknüpfend an Weiterentwicklungen der Weltsystemtheorie zum ungleichen ökologischen Tausch sowie zur ungleichen globalen Wissensproduktion, dass die für die Bioökonomie relevanten stofflichen und technologischen transnationalen

(Tausch-)Beziehungen die bestehenden globalen Ungleichheitsverhältnisse zwischen Zentren und Semi-/Peripherien fortschreiben.

*Eugen Pissarskoi, Stefan Ouma, Kerstin Schopp, Leiyo Singo & Thomas Potthast* wollen hingegen über die Kritik an der Bioökonomie hinausgehen und regen zu einer Debatte um eine ethisch wünschenswerte „Bio\_Ökonomie“ an. Mit dem Unterstrich verweisen sie auf eine breite Vielfalt ethisch zu rechtfertigender Visionen, wie das „Bio“ mit der „Ökonomie“ verknüpft werden könnte. Am Beispiel der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Landnutzung und um gentechnisch veränderte Organismen in Tansania zeigen sie, dass es eine Vielfalt bio\_ökonomischer Visionen gibt, von denen einige Anknüpfungspunkte für die Entwicklung alternativer Bio\_Ökonomien bieten könnten.

Auf Basis einer politökonomischen Analyse des Düngemittels Phosphor und dessen Bedeutung für den Agrarsektor schlussfolgert *Axel Anlauf*, dass die Bioökonomiestrategie der deutschen Bundesregierung das Problem der aktuellen Landwirtschaft als offenes Durchflusssystem, das auf Düngemittel angewiesen ist, zwar in den Blick nimmt, die Bioökonomie aber weiterhin auf die Extraktion mineralischer Düngemittel angewiesen ist. *Peak phosphor* bleibe deshalb eine zentrale Herausforderung für die Landwirtschaft.

Am Beispiel von Argentinien und Malaysia greifen *Janina Puder & Anne Tittor* das Versprechen der Bioökonomie nach *social* und *ecological upgrading* auf. Sie zeigen, dass sich dieses Versprechen bislang nicht erfüllt hat. In Argentinien werden im ländlichen Raum Arbeitsplätze eher abgebaut als geschaffen; eine Abkehr vom agrarindustriellen Modell inklusive seiner Monokulturen und seines immensen Pestizideinsatzes ist nicht in Sicht. Auch in Malaysia sind im Palmölsektor, auf den die malaysische Bioökonomiestrategie abzielt, bislang hauptsächlich prekäre Arbeitsplätze entstanden. Sie werden von ([un-]dokumentierten) Arbeitsmigrant\*innen übernommen, die innerhalb der Bioökonomie-Strategien unsichtbar gemacht werden. Ausgehend von Literatur zu *upgrading* schließen die Autorinnen, dass soziale Ungleichheiten, Exklusion und ungleiche räumliche Entwicklung mit *upgrading* noch verstärkt werden (können).

Dass Agrarinnovationen gesellschaftlich kontextualisiert werden müssen, unterstreicht der Beitrag von *Henryk Alff & Michael Spiess*. Anhand der Landwirtschaft in Pakistan und Kasachstan verdeutlichen sie die Implikationen der Grünen Revolution und arbeiten die Pfadabhängigkeiten heraus, die in der Bioökonomie wirksam sind. Ihre Befunde stimmen pessimistisch: Bislang finden Kenntnisse über die Risiken bisheriger landwirtschaftlicher Interventionen in politischen Bioökonomie-Strategien kaum Berücksichtigung. Die Strategien setzen auf wirtschaftlich-technische Lösungen einer

„nachhaltigen“ Intensivierung durch agrartechnologische Innovationen auf der einen und eine Ausweitung von Produktionsflächen auf der anderen Seite – und das erinnert an die Grüne Revolution samt ihren negativen Folgen.

*Fabricio Rodríguez* untersucht die Handelsbeziehungen zwischen China und Brasilien im Zeitraum von 2000 bis 2018 und zeigt, dass einerseits die Abhängigkeit Brasiliens von den USA abnimmt, andererseits aber neue Abhängigkeiten von China entstehen. China ist mittlerweile der wichtigste Abnehmer von brasilianischer Biomasse und Mineralien. Am diesem Fallbeispiel wird deutlich, wie stark die real existierende Bioökonomie in fossile Strukturen eingelassen ist: Obwohl der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch so hoch wie in kaum einem anderen Land ist, setzt Brasilien u.a. mit Hilfe chinesischer Direktinvestitionen zunehmend auf die Erdölförderung.

Die beiden *PERIPHERIE*-Stichworte von Rosa Lehmann zu „Bioökonomie“ und Anne Tittor zu „Umweltgerechtigkeit“ runden den Schwerpunkt dieser Ausgabe ab. *Rosa Lehmann* skizziert die aktuelle Ausgestaltung von Bioökonomie: Sie spiegele die Interessen der dominanten Sektoren im Agrar- und Biotechbereich wider, um letztlich neue Felder der Inwertsetzung zu schaffen. Kritik und Infragestellung dieser Politiken komme von sozialen Bewegungen im Globalen Süden wie im Globalen Norden. Diese stellen schon lange die vorherrschende Landwirtschaftspolitik in Frage und fordern, wie *Anne Tittor* veranschaulicht, Umweltgerechtigkeit ein. Beide Stichworte zusammen verdeutlichen, wie notwendig die Intervention von emanzipatorischen sozialen Bewegungen in das Debattenfeld der Bioökonomie ist, damit sie Ausgangspunkt für eine gerechte sozial-ökologische Transformation sein kann.

Von der Corona-Krise etwas aus dem Blick gedrängt, bleibt aus dem Jahr 2020 die Debatte um die schnelle Ausladung von Achille Mbembe von der Eröffnung der Ruhrtriennale zum einen als nachdrücklicher Hinweis für die nicht aufgearbeitete Beziehung der deutschen Öffentlichkeit zur kolonialen Vergangenheit und ihrer Nachgeschichte, zum andern als ernste Frage nach den Grenzen freier Meinungsäußerung, ihrer Legitimität und Illegitimität. Integraler Bestandteil dieser Fragen sind die Wissenschaftsfreiheit und die Freiheit des Austauschs kontroverser Positionen in einer Lage, in der etwa Micha Brumlik sich genötigt sah, von „einer Form des McCarthyismus“ zu sprechen. Wir sehen es vor diesem Hintergrund als eine wichtige Aufgabe, Perspektiven in diese Auseinandersetzung einzuführen, die bisher fehlen. Die auch durch die Frage der Kritik an israelischer Politik immer wieder debattierten Probleme spricht auf sehr spezifische, die persönliche Dimension nicht auslassende Weise *Heidi Grunebaum* mit ihrer Reflektion auf historische, symbolische und auch biographische Kontexte an, die Nakba, Shoah

und Apartheid miteinander verbinden. Die Problematik eben eines solchen Zusammenhangs stand auch im Kern der Kontroverse um die Ausladung Mbembes. Grunebaums Reflektion auf die einschneidenden Katastrophen des 20. Jahrhunderts und die mit ihnen verknüpften Traumata zeigt jedoch eine andere Perspektive: eine, die sich kritisch gegen eine große Teile der gängigen Debatte prägende Identitätspolitik wendet. *David D. Kim* nimmt ebenfalls eine Außenperspektive auf die deutsche Debatte ein, allerdings aus der Sicht der USA im Zeichen der „Black Lives Matter“-Bewegung. Auf der Grundlage einer präzisen Rekonstruktion des Geschehens um Mbembe stellt er dies in einen transatlantischen Zusammenhang, in dem es um die Auseinandersetzung mit Rassismus und postkolonialen Verhältnissen geht und plädiert für einen Erhalt der Diskussionsfähigkeit. Hier reiht sich auch *Floris Biskamps* Analyse der verschlungenen und kontroversen Beziehungen von Kritik des Antisemitismus und Anti-Rassismus ein. Es zeigt sich, dass in diesen Themenfeldern konkurrierende politische Positionierungen fast unvermeidbar scheinen, was umso mehr die Notwendigkeit einer offenen, von politischen Eingriffen freien Debatte unterstreicht. Mit „GG 5.3 Weltoffenheit“ weisen große Kultur- und Wissenschafts-Institutionen nun auf die problematischen Auswirkungen der dieser Kontroverse zugrundeliegenden Bundestagsresolution hin. Das lässt zum Jahresende 2020 auf eine solche konstruktive Lösung hoffen.

Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie war für die Redaktionsgruppe der *PERIPHERIE* sogleich die Herausforderung verbunden, dazu beizutragen, dass sich der Blick über die Fixierung auf die Katastrophe in (West-)Europa und Nordamerika hinaus richtet. In diesem Heft unternehmen wir mit drei regional bezogenen, aktuellen Beiträgen hierzu erste Schritte. Durchgängig zeigt sich dabei die Verschärfung bestehender Krisen, aber auch von Herrschaftsstrategien. *Kristina Dietz* gibt einen umfassenden Überblick über das Geschehen in Lateinamerika, das mit wegbrechenden Exportmärkten, dem Absinken von lebenswichtigen Rücküberweisungen durch Migrant\*innen und dem Einbruch von Erwerbsmöglichkeiten im informellen Sektor langfristige Strukturprobleme noch einmal forciert. Hinzu kommen Strategien herrschender Eliten, die Krisen für den Erhalt und die Konsolidierung ihrer Macht zu nutzen. Am Vergleich dreier Staaten im südlichen Afrika – Südafrika, Simbabwe und Mosambik – zeigt *Melanie Müller* große Unterschiede in Verlauf und in staatlicher Kompetenz zum Umgang mit COVID-19 auf, die durch jeweils unterschiedliche Vorbedingungen eingeschränkt ist. Diese reichen von den Konsequenzen der faktischen Übernahme großer Teile des Staatsapparats und staatlicher Unternehmen durch private Seilschaften (*state capture*) unter dem südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma über die Fortdauer autoritärer Strukturen nach dem Abgang Robert Mugabes bis hin zur akuten Bedrohung

durch islamistischen Terror im Norden Mosambiks. Die Region ist zudem durch die fragwürdige Solidarität von Befreiungsbewegungen an der Macht geprägt. Wie im Fall Lateinamerikas zeigt sich auch hier, dass die Pandemie massive soziale Ungleichheiten weiter verstärkt. *Nivedita Menon* enthüllt in einem sehr engagierten Beitrag, wie Indiens Premierminister Narendra Modi die Corona-Pandemie in skrupelloser Weise ausnutzt, um sein Ziel der Errichtung eines Hindu-Reiches zu verwirklichen, in dem allen Nicht-Hindus Schritt für Schritt sämtliche demokratischen Freiheitsrechte entzogen werden; Hauptzielgruppen sind Muslime und Muslim\*innen, ebenso betroffen sind Adivasi („Indigene“) und Dalits („Unberührbare“). Als Mittel dienen der Regierung hierbei nicht nur formelle Gesetzesänderungen, sondern auch und vor allem – gezielt provoziertes – „kontrolliertes Chaos“.

Die vorliegende Doppelausgabe, mit der wir den 40. Jahrgang abschließen, wurde entscheidend durch die vom BMBF geförderte Nachwuchsgruppe *Bioökonomie und soziale Ungleichheiten* an der *Friedrich-Schiller-Universität Jena* geprägt. Es war eine Freude, Mitglieder als Gastredakteur\*innen und Autor\*innen dabeizuhaben. Zu danken ist auch Kristina Lorenzen für die Endkorrektur aller Artikel zum Schwerpunkt. Für den 41. Jahrgang bereiten wir Themenhefte zu den Schwerpunkten „Globalisierungskritik postkolonial“, „Finanzialisierung der Entwicklungspolitik“ sowie „DDR Postkolonial“ vor. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge sehr willkommen. Die entsprechenden *Calls for Papers* finden sich auf unserer Homepage, sobald sie veröffentlicht werden.

Zum Abschluss des aktuellen Jahrgangs gilt unser Dank den Gutachter\*innen, die einmal mehr durch ihre gründliche, engagierte und kritische Arbeit zum Gelingen der Hefte maßgeblich beigetragen haben. Ihre Namen sind in alphabetischer Reihenfolge im Jahresregister aufgeführt. Ferner danken wir Sarah Becklake für die Korrektur der englischen Summaries.

Schließlich danken wir allen Leser\*innen, Abonnent\*innen sowie den Mitgliedern der Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V., der Herausgeberin der *PERIPHERIE*. Unsere größtenteils ehrenamtliche Arbeit ist weiterhin von Spenden abhängig. Eine für die langfristige Sicherung des Projekts besonders willkommene Förderung stellt die Mitgliedschaft im Verein dar, in der das Abonnement der Zeitschrift sowie regelmäßige Informationen über die Redaktionsarbeit enthalten sind. Wir freuen uns aber auch über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie im Impressum.

Zu guter Letzt wünschen wir Ihnen und Euch eine aufschlussreiche und inspirierende Lektüre und ein gutes Jahr 2021.